

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Annoncen-Abteilung entgegen. — Geschäftsvermittlung. — Druckerei: Auer-Druckerei Nr. 43.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise für den Anzeiger für das Erzgebirge sind im Anzeiger für das Erzgebirge, 20. Jahrgang, Nr. 1, Seite 10, veröffentlicht. — Anzeigenpreise für den Anzeiger für das Erzgebirge sind im Anzeiger für das Erzgebirge, 20. Jahrgang, Nr. 1, Seite 10, veröffentlicht.

Telegramme: Czechan Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 36

Donnerstag, den 12. Februar 1925

20. Jahrgang

Ministerpräsidentenwahl in Preußen.

Marx in der Stichwahl mit 223 von 445 Stimmen gewählt.

Berlin, 10. Febr. Im preussischen Landtag wurde heute die zweite Ministerpräsidentenwahl vorgenommen. Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten hatten Dr. Marx nominiert, die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen den früheren Finanzminister v. Richter, die Wirtschaftliche Vereinigung den Abgeordneten Dr. Körner.

Es wurden im ganzen 444 Stimmen abgegeben, so daß also nur sechs Abgeordnete fehlten. Ein Zettel war ungültig, ein zweiter unbeschrieben. Die absolute Majorität betrug also 222. Es erhielten: Marx 219, von Richter 153, Labandorf 80, Pies 43, Körner 11, Dr. Ranpe 1 Stimme. Es muß also Stichwahl zwischen Dr. Marx und v. Richter stattfinden. Im zweiten Wahlgang wurden abgegeben 445 Stimmzettel (also eine Stimme mehr als im ersten Wahlgang). Unbeschrieben sind davon 17 (das sind die Stimmen der Wirtschaftlichen Vereinigung), ungültig 43 Stimmen (das sind die Stimmen der Kommunisten). Von den übrigen 385 gültigen 385 Stimmen beträgt die absolute Mehrheit 193. Es haben erhalten: Dr. Marx 223, Herr von Richter 182 Stimmen. Dr. Marx ist also zum preussischen Ministerpräsidenten gewählt. Bei den Parteiparteien wird lebhaft Bravo gerufen, bei den Kommunisten erklingen Rufe, wie: „Wie lange, wie lange“. Auf der Rechten verhält man sich still.

Marx hat die Wahl noch nicht angenommen.

Berlin, 11. Februar. Ueber die Wahl des Reichskanzlers a. D. Marx zum preussischen Ministerpräsidenten schreibt die „Germania“, Marx habe die Wahl noch nicht angenommen. Er werde das erst tun, wenn er die Verhandlungen mit den Parteien abgeschlossen habe. Alle Mitteilungen über Namen ankünftiger Minister sind verächtlich. Marx wird erst heute die Verhandlungen mit den Parteien aufnehmen. Er wird sich mit Rücksicht auf die Kommunisten und die Nationalsozialisten mit allen Parteien in Verbindung setzen. Von dem Verhalten der Parteien wird es dann abhängen, ob Marx das Ministerium bilden wird. Verhört die Deutsche Volkspartei auf ihrem ablehnenden Standpunkt, so wird Marx ein Kabinett bilden, das sich parlamentarisch in der Hauptsache aus Zentrum und Demokraten stützt.

Expostminister Dr. Höfle verhaftet.

Berlin, 10. Februar. Reichspostminister a. D. Dr. Höfle ist am Dienstag nachmittag gegen 4 1/2 Uhr, nachdem er zu einer Vernehmung bei Oberstaatsanwalt Lind. bestellt worden war, im Gerichtsgebäude festgenommen worden. Ueber den Haftbefehl wird noch am Dienstag abend endgültig entschieden werden.

Die Staatsanwaltschaft rief heute nachmittag in der Villa Dr. Höfles in Lichterfelde an und ersuchte den früheren Reichspostminister, sofort nach Moabit zu einer Vernehmung zu kommen. Dr. Höfle fuhr sofort nach Moabit und erfuhr dann von dem Vertreter der Anklagebehörde, daß er sich vorläufig als festgenommen zu betrachten habe, und daß voraussichtlich schon in wenigen Stunden der endgültige Haftbefehl gegen ihn ergehen würde.

Zu dieser Maßnahme haben wohl die Angaben Julius Barmatz in den letzten Tagen beigetragen, der Dr. Höfle belastet hat. Es waren auch sonstige Nachrichten über gewisse Privatgeschäfte Dr. Höfles in Hauskäufen in Berlin bekannt geworden, die der Staatsanwaltschaft sehr verdächtig erschienen. Schließlich aber dürfte auch die Tatsache zu dem Vorgehen der Anklagebehörde wesentlich beigetragen haben, daß in Sachen der Depostiten- und Handelsbank A. G. Dr. Höfle nicht unwesentlich belastet erscheint. Es handelt sich dabei um die Tatsache, daß Dr. Höfle bereits im Sommer vorigen Jahres von einem Ausschlußratsmitglied der Depostiten- und Handelsbank A. G. darüber ins Bild gesetzt wurde, daß in der Bank sehr vieles faul sei, und daß die Post unbedingt durchgreifen müsse. Trotz dieser Warnung hat Dr. Höfle es unterlassen, gegen die Bank vorzugehen. Weiterhin ist auch die Tatsache auffällig, daß in einigen Kontokausen der Depostiten- und Handelsbank Dr. Höfle mit Summen erscheint, die der näheren Aufklärung bedürfen.

Parteiwechsel August Müllers.

Staatssekretär a. D. Dr. August Müller ist aus der Sozialdemokratischen Partei ausgetreten; er beabsichtigt, sich der Demokratischen Partei anzuschließen. Der Grund seines Austritts soll darin liegen, daß die Sozialdemokratische Partei seine Warnungen, die in der Barmatz-Anglegenheit bloßgestellten Verantwortlichkeiten der Partei zu entfernen, nicht befolgt habe.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 10. Febr. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort zu einer Erklärung Abg. Weder-Hessen (D. Sp.), der sich gegen Angriffe des „Berliner Tageblattes“ im Zusammenhang mit Krediten wendet, die in der Zeit des passiven Widerstandes deutschen Wirtschaftsvörbänden gewährt worden sind. Der Redner bestreitet zunächst, daß die „Hilfa“ nach Beginn des Ruhrkampfes gegründet und dem Reichswirtschaftsministerium unterstellt wurde. Die „Hilfa“ sei bereits im Jahre 1919 unter dem sozialdemokratischen Wirtschaftsministerium gegründet worden, um in der schweren Uebergangszeit gewerblichen Unternehmungen Mittel für die Remobilisierung und auch später während des Ruhrkampfes zu gewähren. Der Redner verweist im übrigen auf die bereits erfolgte offizielle Feststellung in dieser Angelegenheit. Die besonders benannten Werke „Rhein Stahl“ und „Union“ hätten niemals einen Pfennig von der „Hilfa“ erhalten. Nur ein Düsseldorf-Werk des Wolff-Konzerns sei ein Kredit eingeräumt worden, da sonst einige Tausend Arbeiter hätten entlassen werden müssen. Der Redner schließt, daß er das Urteil über diese Dinge dem Hause und der Öffentlichkeit überlasse. Eine anständige Presse werde sich gewiß nicht dazu hergeben, dem Auslande Rohstoffmaterial zu liefern. (Großer Lärm bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Wirth (Zentr.) macht auf das Ungehörliche einer solchen Erklärung aufmerksam und richtet an den Präsidenten die Frage, ob auch er nicht eine ähnliche Erklärung abgeben dürfe.

Präsident Döbe erwidert, daß eine solche Erklärung zunächst dem Präsidenten eingereicht werden müsse. Das habe Herr Dr. Weder getan.

Abg. Koch-Weser (Dem.): Die Frage muß geklärt werden, ob es möglich ist, daß die Verhandlungen des Reichstages durch Monologe ausgefallen werden (große Unruhe rechts), ob es richtig ist, im Reichstag in so ausführlicher Weise eine Erklärung vor der Tagesordnung abzugeben.

Es schließt sich eine erregte Geschäftsordnungsdebatte an, die schließlich damit endet, daß Präsident Döbe feststellt, daß das Haus beschließen könne, in eine Besprechung dieser Erklärung einzutreten. Für heute sei dies jedoch geschäftsmäßig nicht mehr zulässig.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Eine Reihe von Anträgen auf Einstellung von Strafverfahren gegen einzelne Abgeordnete werden ohne Aussprache dem Ausschuss zur Beschlußfassung überwiesen. Endgültig verabschiedet wird ein Gesetzentwurf über die Fortgewährung der Reichsbegünstigung an die tschechoslowakische Republik. Darauf wird die zweite Beratung des Haushaltes des Reichsarbeitsministeriums fortgesetzt.

und zwar mit der Besprechung des Abschnittes: „Tarifverträge und Lohnwesen“.

Abg. Frau Sender (Soz.) wünscht, daß bei den Handelsvertragsverhandlungen auch Arbeitnehmervertreter zugezogen würden. Das würde wesentlich zur Verständigung beitragen.

Ministerialdirektor Stigner

erklärt, die Tätigkeit des Schlichters habe sich durchaus bewährt; eine Statistik darüber werde herausgegeben werden. Die Tarife für Angestellte wären nie zustande gekommen, wenn nicht das Arbeitsministerium mit einer gewissen Energie eingegriffen hätte.

Damit schließt die Aussprache über diesen Abschnitt. Es folgt die Besprechung des Abschnittes

Wohnungs- und Siedlungswesen

und zwar zunächst des Wohnungswesens.

Abg. Silberschmidt (Soz.) betont, daß hier Bestrebungen im Gange seien, die alten Zustände der ungebundenen Wohnungswirtschaft wieder einzuführen. Die Lösung der Wohnungsfrage sei nur mit öffentlicher Hilfe möglich. Von den Ländern werde der Wohnungsbau geradezu sabotiert. Der Redner fordert, daß die Mittel für den Wohnungsbau in gleichem Maße vor der Gesamtheit getragen werden.

Abg. Winnefeld (D. Sp.) erklärt, die Wohnungsfrage dürfe nicht nach politischen Motiven behandelt werden. Der Redner fordert Abbau der Wohnungszwangswirtschaft, des Reichsmietengesetzes und Schaffung eines Uebergangsgesetzes mit höheren Mieten. Es müsse selbstverständlich auch eine entsprechende Erhöhung der Löhne damit verbunden sein.

Abg. Dr. Steiniger (Dn.) wünscht planmäßigen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und größere Einseitigkeit bei der Bewertung der Hauszinssteuer. Der Redner tritt insbesondere für Abschaffung der Wohnungsnote in Oberschlesien ein.

Abg. Strößen (Wirtschaftsbgg.) erklärt, mit einem Sprung könne man nicht zur freien Wirtschaft

übergehen, aber der Anfang müsse gemacht werden; dieses andere werde sich dann von selbst finden.

Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums betont, daß die Regierung bestrebt sein werde, auf eine Einseitigkeit der Mietfrage in den Ländern hinzuwirken.

Nach 6 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr vertagt.

Steuerfragen im Reichshaushaltsausfluß.

Im Reichsausschuß für Steuerfragen gab Staatssekretär Dr. Popitz einen ausführlichen Bericht über die bevorstehenden Steuerreformen. Derweg geht er auf den engen und unzertrennbaren Zusammenhang der drei großen zurzeit schwebenden Fragen der Aufwertung, des Finanzausgleichs und der Steuererhebung hin, deren gemeinsame beschleunigte Lösung erstrebt werden müsse. Was insbesondere das Aufwertungsproblem betreffe, so könne darüber keinesfalls ohne sorgfältige Beachtung der Einnahmewirtschaft entschieden werden. Des Weiteren kommen zur Behandlung: ein neues Einkommensteuergesetz, ein neues Körperschaftsteuergesetz, ein Gesetz über Vermögens- und Erbschaftsteuer, ein Gesetz über Erbschaftsteuer, ein Gesetz über Verkehrssteuern und ein Gesetz über gegenseitige Besteuerungsrechte von Reich, Ländern und Gemeinden. Um mit den unter dem Reich der Nachkriegszeit geschaffenen Einschränkungen im Rechtsschutz vollständig aufzuräumen, werde man zu der früheren Zusammenfassung der Steuerzuschüsse zurückkehren, die bei der Veranlagung der Einkommen- und Vermögenssteuer mitwirken. Die Finanzgerichte würden wieder in ihrer vollen Zusammenfassung entscheiden. Weiter werde in dem Gesetz vorgesehen, daß die Vorauszahlungen zur Einkommensteuer nicht mehr monatlich zu leisten sind sondern vierteljährlich. Die Zahlungstermine sollen so gelegt werden, daß sie den besonderen Bedürfnissen der Steuerpflichtigen entsprechen. Dies gilt vor allem für die Landwirtschaft. Bei der Einkommensteuer müsse man jedoch so möglich zu einer Besteuerung nach dem Ertrag, bei der Vermögenssteuer zu einer Besteuerung nach dem Ertragswert kommen. Das Maximum der Einkommensteuerbelastung werde nicht über 33 1/2 Prozent hinausgehen dürfen. Bei der Vermögenssteuer müsse an dem Satz von 0,5 Prozent festgehalten werden. Das verlorengegangene Kapital müsse neu gebildet werden. Aus diesem Grund müsse für die nächste Zeit auch eine Vermögenswachstumssteuer unternommen werden. Dagegen soll der Abzug des Kapitalertrags als wichtiges steuerrechtliches Hilfsmittel aufrecht erhalten werden. Bei der Erbschaftsteuer werde man nicht bei den bisherigen Sätzen bleiben können, soweit es sich um große Erbansätze handelt. Die Progression, die heute bei 1 Million aufdre, soll daher weitergeführt werden. Beim Kindererbe werde die Höchstbelastung künftig 15 Prozent betragen. Die Heranziehung der Werbesteuern, die sich in öffentlicher Hand befinden, also Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte der Gemeinden, Bergwerke usw. soll weiter ausgebaut werden. Was das Problem der steuerfreien Lohnbeträge betreffe, so sei eine Herabsetzung des steuerfreien Lohnbetrages nicht wohlertüglig, doch solle vorgeschlagen werden, daß, wenn mehr als drei Kinder vorhanden sind, die Senkung des Steuerfußes nicht 1 Prozent sondern 2 Prozent für das 4. und jedes weitere Kind beträgt. Die Besteuerung des Gattenerbes soll in Zukunft fortfallen, wenn irgendwelche Einkünfte des Erblassers vorhanden sind. Verbrauchsabgabengesetze oder Erhöhungen von Verbrauchsabgabengesetzen, die sich mit dem notwendigen Lebensbedarf befassen, dürfen keinesfalls gemacht werden. Die Erhöhung der Verbrauchsabgaben würde sich lediglich auf den vermeintlichen Verbrauch, also auf gewisse entbehrliche Genussmittel, beschränken. Eine Aufhebung der Auguststeuer erscheint nicht angelegig, und zwar besonders deshalb, weil eine Summe von 150 Millionen in Frage steht. Was die Umsatzsteuer anlangt, so würden neue Vorschläge unterbreitet werden.

Die Pariser Wirtschaftsverhandlungen.

Die Mitteilung des französischen Handelsministeriums über die Wirtschaftsverhandlungen sind zur Abwechslung wieder einmal pessimistisch. Es wird gesagt, daß die Verhandlungen jetzt „eine besonders kritische Phase“ durchmachen. Die persönlichen Besprechungen Trendelenburgs und Rainaldis sind für einige Tage unterbrochen, weil Rainaldi (wie hier gesagt worden ist) drei Tage verreisen mußte. Später soll nach französischen Mitteilungen eine Unterredung stattfinden. Die Auffassungen der französischen Delegation (letzte Version), die sich vielleicht im Laufe des Tages wieder ändert, ist, daß die weiteren Fortschritte nicht von Frankreich, sondern von Deutschland abhängig sind. Frankreich könne den erwünschten Mobus vivendi nicht mit einer Hypothek auf den endgültigen Vertrag belassen.

rei

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.

St. G.